

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Birgit Schnieber-Jastram, Dr. Maria Böhmer, Rainer Eppelmann, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Klaus Hofbauer, Karl-Josef Laumann, Julius Louven, Wolfgang Meckelburg, Claudia Nolte, Hans-Peter Repnik, Franz Romer, Heinz Schemken, Johannes Singhammer, Bärbel Sothmann, Andreas Storm, Thomas Strobl (Heilbronn), Peter Weiß (Emmendingen), Gerald Weiß (Groß-Gerau) und der Fraktion der CDU/CSU

Zu geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der Arbeitsvergütung zwischen Frauen und Männern

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung der Europäischen Kommission in der Empfehlung der Kommission für Empfehlungen des Rates zur Durchführung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten, dass in Europa immer noch große geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Vergütung bestehen und der durchschnittliche Stundenlohn von Frauen in der gesamten Europäischen Union nur 76 % des Stundenlohnes für Männer beträgt?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung der Europäischen Kommission in der Empfehlung der Kommission für Empfehlungen des Rates zur Durchführung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten, dass in Griechenland, Deutschland (westliche Bundesländer), Großbritannien und den Niederlanden ein deutlich höheres Lohngefälle zwischen den Geschlechtern besteht als in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union?
3. Wie hoch fällt das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern aus (bitte getrennt nach alten und neuen Bundesländern und Branchen, jährlich von 1980 bis zum neuesten Datenstand)?
4. Wie fällt das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern in Deutschland aus im Vergleich zu Schweden und Dänemark?
5. Beabsichtigt die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer im Arbeitsprogramm 1999 der Bundesregierung angekündigten „Schaffung eines effektiven Gleichstellungsgesetzes mit verbindlichen Regelungen für die Privatwirtschaft“ auch zur Bekämpfung des Lohngefälles zwischen den Geschlechtern eine gesetzliche Regelung zu schaffen?

Wenn ja, welche?

6. Sind der Bundesregierung Tarifverträge mit einer noch unterschiedlichen Entlohnungsregelung zwischen Frauen und Männern bekannt?

Wenn ja, welche?

7. Sind der Bundesregierung Tarifverträge bekannt, in denen Frauen gegenüber Männern durch Höhe und Art der Einmal- und Zusatzzahlungen bezüglich des Arbeitsentgeltes geschlechtsspezifisch diskriminiert werden?

Wenn ja, welche?

8. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen oder beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, um das hohe Lohngefälle zwischen den Geschlechtern abzubauen, speziell unter Berücksichtigung der Passage aus der Empfehlung der Kommission für Empfehlungen des Rates zur Durchführung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten, dass die beiden Mitgliedstaaten mit dem größten Gefälle – Deutschland und das Vereinigte Königreich – sich des Problems bewusst seien und an der Verbesserung der Lage arbeiteten?

9. Hält es die Bundesregierung für möglich, dass das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern auch dadurch entsteht, dass sich die Bewertung von Berufsgruppen häufig noch an überkommenen Rollenbildern orientiert, und wenn ja, mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung diese Klischees abzubauen?

10. Ist die Bundesregierung der Auffassung, eine umfassende, zeitgemäße Neuordnung der Bewertung von Berufsgruppen sei nötig und durchführbar?

Berlin, den 20. Januar 2000

Birgit Schnieber-Jastram
Dr. Maria Böhmer
Rainer Eppelmann
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Klaus Hofbauer
Karl-Josef Laumann
Julius Louven
Wolfgang Meckelburg
Claudia Nolte
Hans-Peter Replik
Franz Romer
Heinz Schemken
Johannes Singhammer
Bärbel Sothmann
Andreas Storm
Thomas Strobl (Heilbronn)
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion